Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Brecherfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. - Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 30 | Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 54 mm breit 5 Reichspfennig für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 40 Reichspfennig — Offertgebühren 30 Reichspfennig und Porto. — | Halver Sonntag, den 4. Februar | Erscheint werktäglich mit 4 Gratisbeilagen. Bezugspreis monatl. Mk. 1.85 einschl. 30 Pfg. Postgeb. u. 36 Pfg. Zustellgeb. — — Postscheckkonto: Dortmund 2941. — — | 1933

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten

Kleine Zeitung für eilige Leser

* In Preußen sollen dem Vernehmen nach auch Kommunalwahlen im März stattfinden.

* Bei polizeilichen Haussuchungen in kommunistischen Parteistellen wurde zahlreiches belastendes Material beschlagnahmt.

* In Lübeck trat die Arbeiterschaft wegen der Verhaftung des Führers der Lübecker Sozialdemokratie, Dr. Leber, in einen einstündigen Proteststreik.

Warnung und Mahnung.

Der Vierjahresplan — Das „Risiko" — Genfer Jubiläum.

„Binnen vier Jahren muß der deutsche Bauer der Verelendung endgültig entrissen sein; binnen vier Jahren muß die Arbeitslosigkeit endgültig überwunden sein", — vielleicht darf man diese beiden Sätze im Aufruf der Reichsregierung als die wichtigsten betrachten. Denn sie umreißen einmal das Ziel der Politik, des Handelns der neuen Reichsregierung, und andererseits tun sie dies mit nüchterner Ehrlichkeit. Das deutsche Volk hat nicht weniger als einundzwanzigmal, vom Rat der Volksbeauftragten an bis zu der mittels Rundfunk verbreiteten Rede von Schleichers, Regierungserklärungen über sich ergehen lassen müssen; einundzwanzigmal entwickelte ein neues Kabinett sein „Programm". Und sobald diese Programme auf die — Wirklichkeit stießen, dann pflegten sie mehr oder weniger schnell zu zerbröckeln. Denn die Wirklichkeit war härter. Infolgedessen hatte das deutsche Volk sich allmählich gegen Regierungsversprechungen ebenso mit Mißtrauen angefüllt wie gegen Wahlversprechungen. Die neue Reichsregierung rechnet aber mit dieser Wirklichkeit und spricht das auch offen und ehrlich aus. Sie kann nicht hexen und sagt das auch. Sie erklärt, vier Jahre zu dem großen Sanierungswerk zu brauchen. Vier Jahre — das ist eine Reichstagsperiode. Vier Jahre — solange dauerte es, bis die Weltwirtschaftskrise im allgemeinen, die deutsche Krise im besonderen ihren tiefsten Punkt erreichte, von dem aus sich die Wirtschaft ganz langsam wieder aufwärts zu bewegen anschickt. Vier Jahre — in diesem Wort liegt eine Warnung und eine Mahnung. Es gibt keine Patentmedizin für den Kranken, der vor vier Jahren von der ihm bereits in den Knochen steckenden Krankheit auf das Lager geworfen wurde und seitdem immer siecher wurde. Für ihn gibt es kein Heilmittel, das ihm in kürzester Zeit die alte Kraft wieder bescheren könnte. Menschen oder Parteien, die ihm das verheißen, sind Kurpfuscher oder Schlimmeres. „Ein Jahr Bolschewismus würde Deutschland vernichten", heißt es im Aufruf der Reichsregierung. Und eine Mahnung: Abwärts geht es immer sehr viel schneller als aufwärts. Und nur unter schärfster Anspannung der gesammelten Kräfte kann es möglich sein, jene Etappe zu erreichen, die im Aufruf der Reichsregierung angedeutet wird, — als Ziel, das man nicht im Sturmlauf gewinnen kann, als eine Aufgabe, die der Aufruf mit — leider — nur allzu viel Recht als „gigantisch" bezeichnet. Und die zu bewältigen es eben der Frist von Jahren bedarf.

*

Natürlich sieht sich das neue Kabinett nicht bloß etwa gestellt vor einen Berg von Aufgaben, sondern ist genötigt, unmittelbar diese Aufgaben anzupacken. Gleich eine der wichtigsten davon ist ja zur Zeit in Behandlung: die Konferenz mit den Vertretern jener Staaten, die sich entschlossen haben, ihre uns gewährten Kredite stehenzulassen. Gern taten sie es nicht im August 1931 und auch nicht ganz freiwillig. Aber auch billig taten sie es nicht, sondern sie haben „uns weidlich schwitzen machen". Besonders jene lieben Nachbarn, die schon während des Krieges Unsummen an Deutschland verdient haben. Und die nach der deutschen Inflation sehr bald flüchtendes Kapital aus Deutschland mit bereitwilligst geöffneten Armen aufnehmen konnten. So breit strömten diese Geldmassen in die Schweiz und nach Holland, daß man dort schließlich kaum noch wußte, wohin mit diesem „Segen"! Am liebsten lieh man dieses Geld aus an — Deutschland. Die holländischen und Schweizer Banken zahlten für dieses ihnen zur Verfügung gestellte Fluchtkapital nur lächerlich geringe oder gar keine Zinsen. Aber von der deutschen Wirtschaft, der sie dieses Geld als Kredit gegeben haben, nahmen sie desto höhere! Es sei nämlich wegen der innenpolitischen Unruhe in Deutschland, seiner außenpolitischen Spannungen mit Frankreich und wegen der Tributlasten kolossal riskant, in Deutschland Geld anzulegen! Langfristig — das käme überhaupt nicht in Betracht; höchstens kurzfristig. Und dann, bitte, nur gegen sehr hohe Zinsen, denn, wissen Sie, das Risiko, dieses Risiko in Deutschland!

*

Gewiß ist es bei uns in den letzten Jahren bisweilen politisch recht kunterbunt zugegangen, geschah auch so manches, was dem deutschen Wirtschaftsleben und seinen Führern nicht gerade zur Zierde gereichte. Aber im August 1931 standen die ausländischen Gläubiger vor der Notwendigkeit, entweder in ein Vergleichsverfahren mit den deutschen Schuldnern einzuwilligen oder einen glatten Konkurs der deutschen Wirtschaft zu erleben, der ihnen auch ihr Geld gekostet hätte. Sie zogen, wie das auch im gewöhnlichen Leben heute zu geschehen pflegt, das erstere vor. Sie akkordierten mit uns. Immer auf ein halbes Jahr, — aber zu überhöhten Zinsen, die erst im Laufe der Zeit ein wenig heruntergesetzt wurden. Jetzt verhandelt man in Berlin wieder darüber. Es ist ein Unding, daß wir unseren Gläubigern 6 Prozent Zinsen zahlen sollen und sie selbst kriegen, wenn sie an der Newyorker, Londoner oder Pariser Börse Geld ausleihen, dort nur 2 bis 2,5 Prozent Zinsen. Die Differenz ist also enorm; aber so groß ist das Risiko für die Kredithergabe an Deutschland denn nun doch nicht! Ein ganz besonderes Unding aber sind diese hohen Zinssätze auch deshalb, weil unsere sehr verehrten Herren Gläubiger von uns zwar Geld wollen — was sich natürlich nur in Warenexport bezahlen ließe —, aber ihre Grenzen immer energischer gegen diesen deutschen Export mit Zöllen zusperren. Da müssen sie ihr Geld halt in Deutschland stehen lassen! Es steht da schon sicher!

*

Daran ändert natürlich auch der innenpolitische Lärm gar nichts. Aber — Im Namen der Muse Klio, die die Taten und Ereignisse der Geschichte verzeichnet, und Im Namen des Völkerbundes einschließlich Amerikas, Japans und Sowjetrußlands! — wir hätten doch eigentlich zunächst einmal dazu verurteilt gewesen sein müssen, ein Jubiläum zu begehen! Den Jahrestag des Beginns der Abrüstungskonferenz, ein bekanntlich „welthistorisches" Ereignis, — so hat man damals vielleicht gedacht, geglaubt, gehofft. Für Deutschland ist seither nur die grundsätzliche Gleichberechtigung dabei als schwer erkämpftes Ergebnis herausgekommen. Vielleicht aber haben gewisse Leute in Genf und Paris — vielleicht auch in London — zwar nicht diesen Tag gefeiert, wohl aber — die neue Regierung in Deutschland! Weil sie nämlich glaubten und hoffen, diese Regierung werde ihnen die Möglichkeit geben, jenes mühsam abgezwungene Zugeständnis wieder zurücknehmen zu können. Sie wurden rasch enttäuscht. Denn sie konnten sofort im Aufruf der neuen deutschen Regierung hören: „Wir wären beglückt, wenn die Welt durch eine Beschränkung ihrer Rüstungen eine Vermehrung eigener Waffen niemals mehr erforderlich machen würde."

Welche Mahnung, aber auch welche Warnung damit ausgesprochen wurde, — darüber dürften nicht bloß wir Deutschen, sondern auch die Welt sich nicht im unklaren sein!

Dr. Pr.

Sicherung der Ruhe

Die „Schubladenverordnung".

Neue Regierungsmaßnahmen.

Die Reichsregierung ist auch am Freitag zu wichtigen Beratungen zusammengetreten, und zwar wurden die Verhandlungen über die politische Lage und die Besprechungen über Personalfragen fortgesetzt. Bei den Beratungen spielt auch die Frage der Sicherung der Ruhe in Deutschland eine Rolle.

Im Zusammenhang hiermit waren in der politischen Öffentlichkeit Gerüchte verbreitet, daß die Regierung eine besondere Antiterrornotverordnung vorbereite, und daß darüber Referentenbesprechungen im Reichsinnenministerium und Reichsjustizministerium stattfinden. Von zuständiger Stelle wird demgegenüber darauf hingewiesen, daß keine Terrornotverordnung beabsichtigt sei, ebenso auch keine Erweiterung der jetzt gültigen Rechtsbestimmungen der Todesstrafe und keine Verordnung über die Wiedereinführung von Sondergerichten.

Es hätten in der letzten Zeit allerdings im Reichskabinett angesichts der Zunahme der Ruhestörungen Erwägungen geschwebt, die aber noch nicht zum Abschluß gekommen seien. Es wird darauf hingewiesen, daß Reichsminister Dr. Frick bereits in seiner ersten Erklärung vor der deutschen Presse am Montagabend ausgeführt habe, daß die Reichsregierung nur dann zu außerordentlichen Maßnahmen greifen würde, wenn sie von der anderen Seite dazu gezwungen werden sollte.

Bei den Beratungen im Kabinett spielt die Verordnung eine Rolle, die der frühere Reichskanzler von Schleicher unter dem Titel „Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes" vorbereitet hatte, die in politischen Kreisen unter dem Spitznamen „Schubladenverordnung" kursiert. Bei der Reichsregierung wird die Frage erwogen, in welchem Umfange diese Verordnung etwa abgeändert werden könnte, vor allem in dem Bestreben der jetzigen Regierung, die Meinungsfreiheit der sachlich eingestellten Presse so wenig wie möglich anzutasten.

Die Reichskommissare für Preußen werden zu ihrer ersten Sitzung unter dem Vorsitz des neuen Reichskommissars für das Land Preußen, von Papen, voraussichtlich Anfang nächster Woche zusammentreten. Bei dieser Gelegenheit werden vermutlich auch wichtige Personalfragen erledigt werden.

Was wird aus dem Preußenparlament?

Der Sitzung des Preußischen Landtages, der am Sonnabend zusammentritt, um über den von den Nationalsozialisten eingebrachten Auflösungsantrag zu beschließen, sieht man in politischen Kreisen mit stärkstem Interesse entgegen. Die nationalsozialistische Fraktion hat ihren Auflösungsantrag, der die sofortige Auflösung des Landtages verlangte, dahin geändert, daß die Auflösung erst am 4. März in Kraft treten soll. Wie es heißt, ist diese Änderung erfolgt, um den Abgeordneten im Wahlkampf ihre Freifahrkarten zu erhalten. Mehrkosten gegenüber einer sofortigen Auflösung des Landtages entstehen dadurch hinsichtlich der Freifahrten nicht, da die Reichsbahn auf Grund des Abkommens über das Aufgehen der Preußisch-Hessischen Staatseisenbahnen in die Reichsbahn zur unentgeltlichen Bereitstellung der Abgeordnetenfahrkarten verpflichtet ist.

Was die am Sonnabend vom Preußischen Landtag zu treffende Entscheidung über den nationalsozialistischen Auflösungsantrag angeht, so ist nicht mit Sicherheit zu sagen, welche Haltung die kommunistische Fraktion einnehmen wird. Die Kommunisten haben, wie in ihren Kreisen erklärt wird, kein Interesse an einer vorzeitigen Bekanntgabe ihrer Stellungnahme, da sie den anderen Parteien keine Gelegenheit geben wollen, sich schon vorher auf die kommunistische Haltung einzustellen.

Wie der Völkische Beobachter mitteilt, wird amtlich der Standpunkt vertreten, daß diese Auflösung, falls sie nicht mit Mehrheit oder durch das sogen. Dreimännerkollegium erfolge, durchaus auf dem Wege der Notverordnung vorgenommen werden könne. Tatsächlich sei die Auflösung und Neuwahl in Preußen zusammen mit der Reichstagswahl am 5. März nicht mehr zweifelhaft.

Wie bekannt wird, werden am 5. März etwa 44,9 Millionen Wähler die Wahlberechtigung zum Reichstag haben, während am 6. November 1932 etwa 44,4 Millionen an die Wahlurne treten durften.

Auch Gemeindewahlen in Preußen?

Nach Meldungen nationalsozialistischer Blätter besteht die Absicht, so schnell wie möglich kommunale Neuwahlen in ganz Preußen durchzuführen. Sämtliche gemeindliche Vertretungen würden damit der Auflösung verfallen, da sie zum allergrößten Teil in ihrer Zusammensetzung dem Volkswillen nicht mehr entsprechen.

Eine allgemeine kommunale Neuwahl wird auch deshalb ins Auge gefaßt, weil nicht nur in Berlin, sondern auch in anderen Orten Preußens die überalterten Parlamente jetzt noch immer Wahlen von Bürgermeistern, Stadträten und Magistratsvertretern vornehmen können.

Aus praktischen Gründen ist erwogen worden, die Gemeindewahlen am selben Tage wie die Reichstagswahl, also am 5. März, vornehmen zu lassen. Dem steht jedoch eine Reihe technischer Schwierigkeiten entgegen. In dem Bestreben, reinen Tisch zu machen, will man nämlich nicht nur die eigentlichen Gemeindevertretungen, sondern auch die Amtsbezirksversammlungen, die Provinziallandtage und die Kreistage neu wählen lassen. Man wird deshalb wahrscheinlich zu dem Beschluß kommen, die Gemeindewahlen eine Woche nach den Reichs- und Landtagswahlen am 12. März durchzuführen. Der an sich schon kurze Wahlkampf würde dadurch nur um eine Woche verlängert. Insgesamt würden dann an diesem Tage rund 30 000 kommunale Vertretungskörper Preußens neu gewählt werden.

Kurze politische Nachrichten.

Reichspräsident v. Hindenburg empfing den ständigen Vertreter des deutschen evangelischen Kirchenbundes für Brasilien, Propst Funcke, der in den nächsten Tagen auf seinen Posten zurückkehren wird.

*

Der Reichsstädtebund als Spitzenorganisation von 1560 deutschen Mittel- und Kleinstädten hat den Reichskanzler gebeten, in der Frage der Belastung der Gemeinden durch Erwerbslosenlasten eine beschleunigte Entscheidung zu treffen. Die beiden einzigen Heilmittel seien eine sofortige organisatorische Vereinheitlichung der Arbeitslosenhilfe und eine selbständige Finanzierung der vereinheitlichten Arbeitslosenhilfe durch das Reich.

Sitzung des Reichskabinetts.

Maßnahmen gegen Presseausschreitungen.

Das Reichskabinett setzte am Freitagabend in fast zweistündiger Sitzung die politische Aussprache fort. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Wie verlautet, befaßte sich das Kabinett insbesondere mit den Maßnahmen, die gegen die Presseausschreitungen ergriffen werden sollen.

Schreiben des Reichspräsidenten an Popitz

Bestätigung als Stellvertretender Reichskommissar.

Reichspräsident von Hindenburg richtete an den Reichsminister Dr. Popitz ein Schreiben, in dem eingangs dem aus dem Amte als Reichsminister ohne Geschäftsbereich Scheidenden Dank und Anerkennung für seine dem Reich geleisteten Dienste ausgesprochen wird. Der Reichspräsident sagt dann: „Mit Befriedigung habe ich davon Kenntnis genommen, daß Sie Ihre große Sachkunde und wertvolle Erfahrung auch fernerhin dem Reiche und Preußen als Stellvertretender Reichskommissar für den Geschäftsbereich des Preußischen Finanzministeriums zur Verfügung stellen. Daß diese Ihre Arbeit in enger Verbindung mit der Reichsregierung fortgesetzt wird, halte auch ich für eine Voraussetzung erfolgreichen Wirkens."

Stürmische Huldigung für Hindenburg.

Beim Berliner Reit- und Fahrturnier.

In Berlin war die riesige Halle am Kaiserdamm, in der das Reit- und Fahrturnier stattfand, bis auf den letzten Platz gefüllt, als der Reichspräsident in Begleitung seines Sohnes, des Chefs der Heeresleitung von Hammerstein und des Vizekanzlers von Papen in der Ehrenloge erschien. Die Menschenmenge empfing den



Reichspräsident von Hindenburg
beim Besuch des Reit- und Fahrturniers der Grünen Woche in Berlin.

greisen Feldmarschall stehend und begrüßte ihn stürmisch. In der Arena war die fridericianische Garde aufmarschiert und salutierte dem Reichspräsidenten. In der Ehrenloge und auf der Ehrentribüne sah man u. a. den Kronprinzen Wilhelm, Reichsaußenminister von Neurath, Reichswehrminister von Blomberg und Oberbürgermeister Sahm.
Oberbürgermeister Sahm. Die begeisterten Huldigungen wollten kein Ende nehmen. Auch während der vorzüglichen Darbietungen erweckten die Ehrengäste immer wieder das Interesse des vieltausendköpfigen Publikums. Man sah u. a. den Kronprinzen Wilhelm in lebhaftem Gespräch mit dem Reichsminister Seldte und dem 2. Bundesführer des Stahlhelm, Oberstleutnant Duesterberg. Als Hindenburg das Reitturnier wieder verließ, wurde er wiederum von der Menge begeistert umjubelt.

Der Kyffhäuserverband an die neue Reichsregierung.

Anläßlich des Wechsels der Reichsregierung hat der Vorsitzende des Kyffhäuserverbandes der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen, Präsident Grießmeyer, sich mit persönlichen Schreiben an den Herrn Reichskanzler Hitler und den Herrn Reichsarbeitsminister Seldte gewandt und ihnen die besondere Fürsorge für die Kriegsopfer dringlich ans Herz gelegt. Hierbei wurde u. a. hervorgehoben, daß es die vordringlichste Forderung des Verbandes sei, diejenigen Maßnahmen der Notverordnungen unverzüglich zu beseitigen, die von den Kriegsopfern als Ungerechtigkeiten empfunden werden müssen. In erster Linie handelt es sich um die in der Vierten Notverordnung vom 8. Dez. 1931 verfügte Anrechnung der Renten der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen auf die Renten aus der Sozialversicherung. Auch auf die verzweifelte Lage zahlreicher mit Hilfe von Kapitalabfindung seßhaft gemachter Kriegsopfer und auf die durch die Neuregelung der Hauszinssteuerstundung in Preußen hervorgerufene unhaltbare Lage wurde hingewiesen. In den Schreiben wird das feste Vertrauen ausgesprochen, daß sowohl der Herr Reichskanzler als auch der Herr Reichsarbeitsminister denjenigen Volksgenossen ihre besondere Fürsorge angedeihen lassen werden, die unter Einsatz von Blut und Leben für das Vaterland gekämpft haben.

Hitler über die faschistische Idee.

Der Kanzler zu den deutsch-italienischen Beziehungen.

Eine besondere Ausgabe des „Giornale d'Italia" bringt eine Unterredung, die der Reichskanzler Hitler dem Vertreter des römischen halbamtlichen Blattes gewährt hat. Hitler erklärte, er habe immer die Notwendigkeit freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Italien betont. Jetzt, wo er für die deutsche Politik verantwortlich sei, sei er entschlossen, sich für dieses Ziel einzusetzen. Hitler erinnerte daran, daß einige ausländische Blätter geäußert hätten, er werde als verantwortlicher Chef der Regierung eine vorsichtigere Sprache führen als in früheren Zeiten. Hitler erklärte, er habe nie etwas anderes gewollt, als was er auch heute wolle, und das sei, daß der deutschen Nation jene Rechte zuerkannt würden, die ihr wegen ihres Wesens und wegen ihrer Zukunft gebührten. Auch Italien fordere, daß seine Lebensrechte anerkannt würden. Aus diesem Grunde befänden sich beide Nationen von Natur aus auf dem gleichen Boden und strebten nach dem gleichen Ziel. Daher sei es um so leichter, einen Zusammenschluß zur Lösung der großen Fragen zu finden, die beide Völker betreffen. Von deutscher Seite werde alles geschehen, was notwendig sei, um ein solches Einverständnis herbeizuführen.

Zum Schluß fügte Reichskanzler Hitler noch einen herzlichen Gruß an die italienische Nation hinzu, und zwar nicht als Chef der Regierung, sondern als Kämpfer für die Idee. Er sei sich der starken Verwandtschaft zwischen seinem Ideal und dem der italienischen Nation bewußt.

Der neue preußische Kultusminister.

Gauinspekteur Rust-Hannover.

Der bisherige Gauinspekteur der NSDAP. für Niedersachsen, Studienrat a. D. Bernhard Rust, wurde, wie aus Berlin gemeldet wird, zum preußischen Kultusminister ernannt.

Am 30. September 1883 in Hannover geboren, besuchte er hier das Goethe-Gymnasium, studierte dann in München, Berlin, Göttingen und Halle a. S. Germanistik und legte 1908 an der Universität Halle die Staatsprüfung für das höhere Lehramt ab. Im Jahre 1909 wurde er Oberlehrer am Ratsgymnasium zu Hannover, bis er 1930 auf eigenen Antrag aus dem Schuldienst schied. Im Provinziallandtag hatte er vordem als Führer der nationalsozialistischen Fraktion einen Konflikt mit dem Oberpräsidenten Noske und brachte einen Mißtrauensantrag gegen diesen ein. 1924 war Rust in seiner Vaterstadt zum Bürgervorsteher gewählt worden. Im Jahre 1930 zog er als Abgeordneter in den Reichstag ein. Nachdem er längere Zeit den Posten des hannoverschen Gauleiters der NSDAP. versehen hatte, wurde er kürzlich zum Landesinspekteur für Niedersachsen, umfassend Oldenburg und Bremen, ernannt.

Das Geheimnis der Putschgerüchte.

Was war in der Nacht vor der Kabinettsbildung?

Die englische Presse hat in den letzten Tagen Meldungen aus Deutschland über angebliche Putschabsichten in der Nacht vor der Bildung des jetzigen Kabinetts gebracht. In diesem Zusammenhang hatte die englische Presse weiter behauptet, Herr Werner v. Alvensleben, der mehrfach bei politischen Verhandlungen der letzten Zeit als Vermittler genannt wurde, sei verhaftet worden. Diese Behauptung der englischen Presse ist falsch. Herr v. Alvensleben hat jetzt auf Grund der englischen Mitteilungen über seine Rolle folgende Erklärung veröffentlicht:

„Mir wurde in den Tagen des Rücktritts der Schleicher-Regierung von maßgebender Seite die Situation so dargestellt, als ob Herr Hitler die Vorschläge des Herrn von Papen zur Bildung einer Regierung Papen-Hugenberg-Hitler nicht akzeptieren würde und daß der Reichspräsident entschlossen sei, noch am Montag auf Grund der Ablehnung des Herrn Hitler ein autoritäres Kabinett Papen-Hugenberg zu ernennen. In einer derartigen Lösung erblickte ich eine ungeheure Gefahr für unser Vaterland und glaubte unter solchen Umständen mit allen zulässigen Mitteln, soweit sie in meinen schwachen Kräften standen, darauf hinwirken zu müssen, daß Herr Hitler mit der Kanzlerschaft betraut würde. Ich habe in diesem Sinne mehrere hervorragende Persönlichkeiten der NSDAP. gesprochen und bei der Gelegenheit auch meiner Auffassung Ausdruck gegeben, daß man Menschen, die den Feldmarschall zu dem Schritt drängen wollten, unter Ausschaltung der NSDAP. ein rein deutschnationales Kabinett zu ernennen, am besten verhaften sollte. Ich habe meiner Auffassung Ausdruck gegeben, daß die Armee, wenn sie bei den unausbleiblichen Folgen gegen 90 Prozent des Volkes auftreten müsse, zerrieben würde und daß die Armee unter keinen Umständen in eine derartige Lage gebracht werden dürfe. Aus diesen meinen Unterhaltungen sind unrichtige Schlüsse gezogen worden, die zum Teil so aufgefaßt wurden, als hätte ich die Idee gehabt, eine Regierungsbildung Hitler-Papen-Hugenberg zu verhindern. Genau das Gegenteil ist der Fall."

Mit dieser Darstellung des Herrn von Alvensleben, der dem General von Schleicher sehr nahe gestanden haben soll, scheint das Geheimnis der Entstehung der Putschgerüchte noch nicht völlig geklärt zu sein. Denn von einer Seite, die über die Vorgänge bei der Kabinettsbildung unterrichtet sein dürfte, wird erklärt, Herr von Alvensleben sei, entgegen seiner jetzigen Darstellung, in der Nacht vor der Kabinettsbildung nicht für ein Kabinett Hitler-Papen-Hugenberg gewesen.

Weitere Maßnahmen gegen die KPD.

Frankreichs Kommunisten wollen der KPD. helfen.

Weitere polizeiliche Haussuchungen in kommunistischen Parteistellen und bei Mitgliedern der KPD. wurden in verschiedenen Orten vorgenommen, so u. a. wieder in Berlin, in Braunschweig, Kiel, Flensburg, Köln und in Wuppertal. Überall wurden, wie im Karl-Liebknecht-Haus in Berlin, kommunistische Druckschriften verbotenen Inhalts beschlagnahmt. Es wurden mehrere tausend Exemplare von Schriften gefunden, in denen zum bewaffneten Aufstand und zum Generalstreik aufgefordert wird. Ebenso Flugblätter, in denen Polizei und Reichswehr zum Ungehorsam aufgereizt werden und Schriften der verbotenen Gottlosenbewegung. Verschiedene kommunistische Zeitungen wurden verboten, hauptsächlich weil in ihnen zum politischen Massenstreik aufgefordert wurde. Vorgesehene kommunistische Demonstrationsveranstaltungen wurden in mehreren Orten untersagt.

Bayerns Vorgehen gegen die Kommunisten.

Zu den neuerdings in Preußen getroffenen und von einigen Ländern übernommenen Verordnungen über ein schärferes Vorgehen gegen die Kommunisten wird von zuständiger bayerischer Stelle festgestellt: Kommunistische Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge werden in Bayern seit langem nicht geduldet. Bayern hat zwar von einem allgemeinen Verbot kommunistischer Demonstrationen abgesehen, die Polizeibehörden sind aber in Bayern seit langem angewiesen, kommunistische Demonstrationen von Fall zu Fall zu verbieten. Auch gegen kommunistische Versammlungen in geschlossenen Räumen wird in Bayern in der erforderlichen Weise eingeschritten. Bayern steht also in der Bekämpfung der kommunistischen Gefahr in nichts nach.

*

Die kommunistische Parteileitung Frankreichs veröffentlicht einen Aufruf an alle Arbeiter Frankreichs, sich zusammenzuschließen, um gegen die Unterdrückung des Kommunismus in Deutschland zu protestieren. Protestentschließungen sollen an den deutschen Botschafter in Paris weitergeleitet werden. In allen Provinzen Frankreichs sollen Hilfsausschüsse für die revolutionäre Bewegung in Deutschland geschaffen werden, da der Untergang „der Brüder in Deutschland" auch den Untergang des Kommunismus in Frankreich, ihr Sieg aber den Sieg der Kommunisten in Frankreich bedeuten würde.

KPD. einer geheimen Leitung unterstellt.

Neue Anweisung Moskaus.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat das Westeuropäische Büro der Komintern im Zusammenhang mit den letzten Maßnahmen der Reichsregierung gegen die KPD. der Partei neue Richtlinien gegeben. Danach soll die Arbeit der KPD. sich hauptsächlich auf illegale Tätigkeit erstrecken. Die Leitung der KPD. wird einem geheimen Kampfkomitee aus drei Personen übertragen, dem die offizielle Parteileitung unterstellt wird. Dieses geheime Komitee soll vor allen Dingen verhüten, daß die Schlagkraft der KPD. durch die Maßnahmen der Reichsregierung leidet.

Siedlungswünsche der Landarbeiter.

Über die Stellung der ländlichen Arbeitnehmer zur Siedlung sprach der Vorsitzende des Reichslandarbeiterbundes Wolf-Stettin. Der Redner schilderte den Entwicklungsgang der ländlichen Siedler. Der Landarbeiter müsse der Siedlung ablehnend gegenüberstehen, weil ihm durch die Aufteilung der Güter die Existenz entzogen werde. Eine Ansiedlung käme für ihn in den meisten Fällen wegen der fehlenden Mittel nicht in Frage. Wenn er aber angesiedelt werden solle, müssen zum mindesten sogenannte Restgüter bleiben, auf denen er unter Umständen zusätzlich beschäftigt werden könnte.

Der Stahlhelm nimmt an der Berliner Trauerkundgebung teil.

Der Stahlhelm, Landesverband Groß-Berlin, beteiligt sich am kommenden Sonntag mit seinen Gliederungen an den Beisetzungsfeierlichkeiten des von Kommunisten ermordeten Schupooberwachtmeisters und des Sturmführers der NSDAP., Maikowski. Vom Gendarmenmarkt an schließt sich der Stahlhelm dem vom Dom ausgehenden Trauergeleit nach dem Invalidenfriedhof an, wo die Beisetzung des nationalsozialistischen Führers stattfindet.

Daladier vor der Kammer.

Sehr kühle Aufnahme der Regierungserklärung.

Die neue französische Regierung stellte sich der Kammer und dem Senat vor. Die Regierungserklärung, die Ministerpräsident Daladier verlas, beschränkte sich lediglich darauf, auf die Notwendigkeit der Wiederherstellung des Haushaltsgleichgewichts und der Staatsautorität hinzuweisen. Zugleich wurde dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß es nicht gelungen sei, die Sozialisten zur Mitverantwortung zu bewegen. Auch die außenpolitischen Fragen wurden nur ganz kurz gestreift: Die Regierung wolle die Sicherheit Frankreichs und die Sicherheit aller Völker, die bei gleichen Rechten auch gleiche Pflichten haben müßten. Die Regierung werde die Möglichkeit eines wahren Friedens mit möglichst geringen Rüstungskosten suchen und auf die Bedingungen eines wirtschaftlichen Friedens hinarbeiten. Die Aufnahme der Regierungserklärung war außergewöhnlich kühl.

Englische Absage an Frankreich.

England gegen den französischen Abrüstungs- und Sicherheitsplan.

Im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz brachte de Staatssekretär des Auswärtigen. Eden, den Standpunkt der englischen Regierung zum französischen Abrüstungs- und Sicherheitsplan zum Ausdruck. Die Erklärung war eine Absage an die Adresse Frankreichs. Eden betonte, man dürfe bei der von Frankreich geforderten Behandlung des Sicherheitsproblems die Bedeutung der bereits bestehenden Sicherheitsgarantien nicht übersehen, die von großer praktischer Bedeutung seien. Hierzu gehöre der Völkerbundpakt, der Kellogg-Pakt und der Vertrag von Locarno. Eden berührte dann die Bemerkung Aloisis über die Bedeutung Englands für das mitteleuropäische Sicherheitsverhältnis und erklärte, die englische Regierung sei nicht in der Lage, über die im Locarno-Vertrag eingegangenen Verpflichtungen hinauszugehen.

Im Gegensatz zu dem französischen Plan bezeichnete Eden die Notwendigkeit einer allgemeinen sofortigen Herabsetzung aller Rüstungen als die entscheidende und alleinige Aufgabe der Abrüstungskonferenz. Die öffentliche Meinung der ganzen Welt verlange, endlich praktisch Ergebnisse auf diesem Gebiet zu sehen. Die Steuerlasten für Rüstungen seien untragbar geworden.

Englisch-japanische Verständigung?

Um die „Aufteilung Chinas".

Wie chinesische Blätter berichten, soll eine Aussprache zwischen dem japanischen und dem englischen Botschafter in China stattfinden, auf der die Aufteilung Chinas erörtert werden soll. Der britische Botschafter werde im Auftrage Englands dem japanischen Botschafter Arioschi zusagen, daß die britische Regierung eine Einmischung des Völkerbundes in den japanisch-chinesischen Konflikt sowie die Anwendung des § 15 des Völkerbundspaktes geegn Japan nicht zulassen werde. Die japanische Regierung solle als Kompensation für diese Haltung auf ihr Vordringen in des Jangtse-Tal zugunsten Englands verzichten.

Wie weiter mitgeteilt wird, sollen zwischen der britischen und japanischen Regierung Verhandlungen über die Provinz Dschehol eingeleitet worden sein, in denen die britische Regierung erklärt habe, sie habe nichts dagegen, wenn diese Provinz an Mandschukuo übergeben wird.

Meldungen, die von ähnlichen Vereinbarungen über Tibet wissen wollen, sind von der englischen und der japanischen Regierung dementiert worden.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 4. Februar 1933.

Korallen.

Apostelgesch. 9, 31: Die Gemeinde bauete sich.

Das Mädelchen trug eine Korallenkette um den Hals. „Vater, woher kommen die Korallen?" — „Paß auf, das ist eine feine Geschichte. Es sind ganz kleine Tierchen unten auf dem Grund des tiefen Meeres. Die haben die Gabe von Gott bekommen, daß sie wie die Muscheln aus allerlei Stoffen einen festen Panzer um sich bauen können. Dabei bleiben sie dicht beieinander und die Panzer wachsen fest zusammen. So bauen viele, viele tausend, und sie vermehren sich und die neuen bauen und bauen immer emsig weiter nebeneinander und übereinander. Die ersten sterben, aber immer neue entstehen und so wird aus den vielen winzig kleinen Panzern ein großer, hoher Berg, bis sie an die Oberfläche des Meeres kommen. Und wo der Berg dann über das Wasser hinaussieht, da ist dann Gottes Sonne und seine Winde und sein Regen, und die zermahlen oben die Spitze des Berges und es wird fruchtbarer Boden, und auf dem wachsen dann Bäume und Büsche und Blumen und Gras, und dann kommen Menschen, die bleiben da und nähren sich von den Früchten der Bäume. So haben die winzig kleinen Tierchen Stätten geschaffen, auf denen Menschen froh und glücklich sein können. Denk dir, so kleine Tierchen haben so Großes geschaffen. Solche Koralleninseln gibt es viele im großen Meer. Ist das nicht wunderschön?"

Sie sieht den Vater an und nickt. „Nun freust du dich über deine hübsche Kette, die dir die kleinen Tierchen geschenkt haben. Ich freue mich auch darüber. Aber ich freue mich über etwas anderes dabei noch viel mehr. Paß recht schön auf: Die Tierchen haben den Panzer zum Schutz für sich selbst gebaut und dabei, indem sie das taten, etwas viel Größeres geschaffen, eben die festen Inseln. Sieh, mein Kind, so sollen wir es auch machen. Wir sollen uns auch einen festen Panzer bauen, nicht um unsern Leib, sondern um unsere Seele, damit sie keinen Schaden leidet.

Die Wirtschaft nach dem Regierungswechsel.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Auch die Wirtschaft hat sich daran gewöhnt oder gewöhnen müssen, daß sie einstweilen nicht zur Ruhe kommt. Eine neue Reichsregierung ist ans Ruder getreten, um nicht nur die Führung zu übernehmen, sondern auch gleichzeitig mitzuteilen, wie das Ziel wirtschaftspolitisch beschaffen ist. Selbst die Auflösung des Reichstags hat nicht mehr viel Eindruck gemacht, weil mit oder ohne Neuwahlen die innerwirtschaftliche Krise nicht unmittelbar eine Entschärfung hätte finden können. Auch der Reichsbankausweis für Ende Januar zeigt keine außergewöhnlichen Krisenzeichen auf, so daß, wenn innerpolitische Erschütterungen uns erspart bleiben, Rückschläge in der Wirtschaft nicht zu befürchten sind. Sehr wahrscheinlich bringt der Witterungsumschlag wenigstens in den Außenberufen eine Entlastung des Arbeitsmarktes, da ja nicht nur die Landwirtschaft neue Arbeitskräfte anfordern muß, sondern auch das Baugewerbe sehr wohl in der Lage ist, neue Arbeitskräfte für die Wiederinstandsetzung des Altbesitzes einzustellen. Der Kälteeinbruch hat dagegen wegen der zeitlich kurzen Dauer auf die kohlenwirtschaftliche Lage keinen Einfluß ausgeübt. Denn die Haldenbestände im Ruhrgebiet sind unverändert hoch.

Dagegen hat die Börse sich trotz oder gerade wegen der Krise sehr anregend verhalten, so daß es Anfang der Woche einige Börsentage mit sehr guten Kursbesserungen gab. Aber das Geschäft ist im ganzen wenig umfangreich, weil kein Kapitalmarkt vorhanden ist, auf dem sich die an der Börse gehandelten Werte als Anlagepapiere unterbringen lassen. Es ist eigentlich nur noch die berufsmäßige Spekulation, die sich an der Börse betätigt, was deshalb zu betonen wichtig ist, weil an allen politischen Krisentagen auch Meldungen über die Haltung der Börsen veröffentlicht werden.

Erheblich wichtiger ist schon, was über den Fortgang der Verhandlungen in Sachen der Stillhaltung für die Auslandskredite berichtet wird. Eine Einigung ist noch nicht erzielt worden. Immerhin verlautet, daß die Gläubiger grundsätzlich nicht abgeneigt sind, einer allgemeinen Zinssenkung bei Einschaltung besonderer Klauseln für die Sicherheit der Kredite zuzustimmen. Der Zwang dazu ergibt sich schon aus dem Gestaltwechsel der internationalen Wirtschaftskrise. Denn das ungeheure Absinken der Rohstoffpreise gibt dem internationalen Kapital ganz andere Auftriebsmöglichkeiten als etwa die etwas höhere Verzinsung für die nach Deutschland gelegten Kredite. Wie sich die Preisumwälzung auf den Rohstoffmärkten ausgewirkt hat, geht beispielsweise daraus hervor, daß wir 1929 4,8 Millionen Doppelzentner Baumwolle einführten, für die wir 815 Millionen Mark bezahlten, während wir 1932 für Einfuhrmengen von 4,2 Millionen Doppelzentner nur 291 Millionen Mark anzulegen brauchten. Ähnlich verhält es sich mit anderen Rohstoffen, aber auch mit Nahrungs- und Genußmitteln. Denn wir haben 1929 nicht viel mehr Tabak und Kaffee mengenmäßig eingeführt, als 1932. Aber die Werte waren erheblich niedriger, lagen in beiden Fällen 1932 um 50 Prozent der Werte von 1929. Auch für Kupfer haben wir 1932 nur ein Drittel des Wertes von 1929 bezahlt. Diese Tatsachen und Ziffern lassen auch einen Schluß auf die außerordentlich geringe Kaufkraft der Auslandsmärkte zu.

Die täglichen Zusammenstöße.

Todesopfer und Schwerverletzte.

In verschiedenen Orten des Ruhrgebietes kam es zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. In Elberfeld wurde ein Kommunist erheblich verletzt. Nationalsozialisten nahmen gegen einschreitende Polizeibeamte eine drohende Haltung ein und versuchten, einen festgenommenen Nationalsozialisten zu befreien. Dabei wurde ein Polizeibeamter verletzt. Zu Schießereien kam es in Velbert und Remscheid, wo die Kommunisten trotz Verbotes einen Umzug machen wollten. Als Polizeibeamte den Zug auflösten, fielen etwa 20 Schüsse, so daß die Polizei das Feuer erwidern mußte. In Witten wurden etwa 1000 Anhänger der SPD. bei einer Straßenkundgebung von Angehörigen der NSDAP. beschossen. Vier Personen wurden schwer, sieben leicht verletzt. In Duisburg wurde eine 29 Jahre alte Frau, als sie ein Fenster öffnete, durch einen Kopfschuß getötet.

In Hamburg

wurden bei einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten drei Personen durch Schüsse verletzt. Ein junger Mann wurde durch Messerstiche verletzt. In Lübeck trat die Arbeiterschaft wegen der Verhaftung des Führers der Lübecker Sozialdemokratie, Dr. Leber, die im Zusammenhang mit der Tötung eines Nationalsozialisten erfolgte,

in einen einstündigen Proteststreik.

Dr. Leber dürfte aus der Haft entlassen werden. In Wernigerode ist ein nationalsozialistischer Kellner, der bei einem Zusammenstoß mit Kommunisten durch Messerstiche verletzt worden war, im Krankenhause seinen Verletzungen erlegen.

Schießerei in Glogau.

In Glogau kam es nach einer sozialdemokratischen Versammlung vor einem Verkehrslokal der SPD. im Verkaufe von Auseinandersetzungen mit Nationalsozialisten zu einer Schießerei. Etwa sechs bis acht Schüsse gingen durch die Fenster des Lokals, ohne jemand zu treffen. 16 Nationalsozialisten wurden festgenommen. Bei einer Durchsuchung des NSDAP.-Heimes fand die Polizei verschiedene Waffen, darunter einen Revolver.

Der „Vorwärts" verboten.

Bis zum 6. Februar.

Auf Grund des § 6 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Erhaltung des inneren Friedens vom 19. Dezember 1932 in Verbindung mit den §§ 81 bis 86 Strafgesetzbuch hat der Polizeipräsident die in Berlin erscheinende Tageszeitung „Vorwärts" einschließlich der Kopfblätter mit sofortiger Wirkung bis zum 6. Februar 1933 einschließlich verboten. Das Verbot umfaßt auch jede angebliche neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt oder als ihr Ersatz anzusehen ist.

Die Begründung hat folgenden Wortlaut: „In der Morgenausgabe Nr. 57 A 29. 50. Jahrgang, befinden sich in dem Aufruf auf der Titelseite unter der Ueberschrift: Deutsches Volk, Frauen und Männer! u. a. folgende Sätze:

Gegen solche Pläne rufen wir zum Kampf. Wehrt Euch, schützt Euer Selbstbestimmungsrecht als Staatsbürger, erhebt Euch gegen Eure Bedränger, gegen die feinen Leute, die hauchdünne Oberschicht des Großkapitals. Zerbrecht ihre politische und wirtschaftliche Macht, kämpft darum mit uns für die Enteignung des Großgrundbesitzes und die Aufteilung des Landes an Bauern und Landarbeiter. Kämpft mit uns für die Enteignung der Schwerindustrie, für den Aufbau einer sozialistischen Plan- und Bedarfswirtschaft.

Durch die Ausführungen wird im Zusammenhang mit dem Inhalt der Ausführungen des gesamten Aufrufs der Tatbestand des § 85 Reichsstrafgesetzbuch in Verbindung des § 81 Ziffer II des Reichsstrafgesetzbuches erfüllt."

Rote Flaggen in Thüringen unzulässig.

Infolge des Beschlusses verschiedener Thüringer Stadtparlamente mit nationalsozialistischer Mehrheit, an nationalen Feiertagen schwarz-weiß-rot oder mit dem Hakenkreuzbanner zu flaggen, hatte sich in Thüringen eine Art Gegenkundgebung herausgebildet. In denjenigen Stadt- und Gemeinderäten, die noch eine rote Mehrheit besitzen, war der Beschluß gefaßt worden, das rote Banner auf den Rathäusern oder Kreisamtsgebäuden aufzuziehen. Hiergegen wendet sich jetzt die Thüringer Regierung, indem sie die Bürgermeister und Landräte darauf hinweist, daß die Gemeinden die unterste Zelle des Staates seien und daß ihnen daraus die nicht zu bezweifelnde Rechtspflicht erwachse, den Staat in seinem Bestand zu respektieren. Deshalb könne nicht geduldet werden, daß die rote Fahne aufgezogen werde, da sie das Symbol des Klassenkampfes und des gewaltsamen Umsturzes der bestehenden Staatsregierung sei. Die Bürgermeister und Landräte seien demzufolge verpflichtet, dafür zu sorgen, daß der Beschluß über eine solche Beflaggung nicht durchgeführt werde.

Forderungen des Handwerks.

Für Freigabe der Hauszinssteuer für Hausreparaturen.

Der Reichsverband des deutschen Handwerks in Hannover hat, wie er in einer Eingabe an den Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung darlegt, in der Gewährung der Reichszuschüsse für Hausreparaturen nur einen ersten Schritt zur Erfüllung seiner Forderung nach Arbeitsbeschaffung für das Handwerk durch Erhaltung des Althausbesitzes erblickt. Ein dauernder Erfolg kann jedoch nur dann erzielt werden, wenn der Hausbesitz durch Erleichterungen auf dem Gebiete der Hauszinssteuer in den Stand gesetzt wird, aus eigenen Kräften wieder als Auftraggeber für das Bauhandwerk und die Baunebengewerbe aufzutreten. Der Reichsverband des deutschen Handwerks erstrebt deshalb eine möglichst rasche Senkung und Beseitigung der Hauszinssteuer, ohne daß sie selbstverständlich durch eine andere Steuer, etwa durch eine Wohnraum- oder Mietsteuer, ersetzt wird. Der Reichsverband des Handwerks bemerkt hierzu in seiner Eingabe:

„Solange die Länder und Gemeinden auf die Hauszinssteuer noch nicht verzichten, wird eine unmittelbare Verknüpfung von Hauszinssteuer und Instandsetzungsarbeiten eine bedeutend wirksamere Möglichkeit der Arbeitsbeschaffung nach sich ziehen als die Gewährung eines 20prozentigen Reichszuschusses. Der für Reparaturzwecke freizugebende Teil der Hauszinssteuer darf nicht zu klein bemessen werden. Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Hausreparaturen und die Notwendigkeit zur Belebung des Arbeitsmarktes wird man die Freigabe von 50 Prozent der Hauszinssteuer als unbedingt notwendig bezeichnen müssen. Auch die Schwierigkeiten der Hausbesitzer, die zur Erlangung des Reichszuschusses 80 Prozent der Kosten aufzubringen haben, erfordern, daß ein ausreichender Teil der Hauszinssteuer für Repatraturzwecke abgezweigt wird. Der Erfolg einer solchen Maßnahme besteht in der Möglichkeit einer raschen und sicheren Arbeitsbeschaffung für das Baugewerbe, die ohne Zweifel einen entscheidenden Anstoß zur Belebung der gesamten Wirtschaft geben wird."

Der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung wird dringend gebeten, den Vorschlag der Freigabe von 50 Prozent der Hauszinssteuer für Hausreparaturen erneut dem Reichskabinett vorzulegen und sich mit allen Kräften für seine Verwirklichung einzusetzen.

Lichtblick für die Landwirtschaft

Was die Landwirtschaftliche Woche bringt.

Die diesjährige Berliner Landwirtschaftliche Woche nimmt äußerlich einen sehr stillen Verlauf, da sie aus reinen Arbeitsversammlungen besteht. Aber die Teilnahme an diesen Versammlungen übertrifft alle Erwartungen. Das ist das beste Zeichen dafür, daß die Landwirte trotz der wenig ermutigenden Lage und trotz der notgedrungenen Einschränkungen auf anderen Gebieten wenigstens noch immer alles daransetzen, ihr Wissen und Können auf der Höhe zu erhalten, um die Volksernährung nicht in Gefahr geraten zu lassen. In der Tat lohnt sich der Besuch dieser Landwirtschaftlichen Woche, denn sie vermittelt wieder eine Fülle von neuen Anregungen, die sich für den Landwirt unmittelbar bezahlt machen, sei es, daß sie verbesserte Erwerbsmöglichkeiten erschließen, oder sei es, daß sie den Weg zu Einsparungen im Betrieb weisen.

Eine Reihe von Tatsachen aus dem Arbeitsbereich der landwirtschaftlichen Gelehrten und Praktiker geht aber auch die große Allgemeinheit der Verbraucher an. Dazu gehört die wenig bekannte und für viele überraschende Erscheinung, daß es

der deutschen Pferdezucht

gelungen ist, mitten während des Siegeszuges des Kraftwagens immer weiter auf dem Weltmarkte vorwärts zu dringen und daß neben dem berühmten „Soldatenpferd" Ostpreußens und Hannovers sich auch das deutsche Kaltblutpferd des Rheinlandes, Westfalens, Sachsens und kleinerer Zuchtgebiete einen Platz auf dem Weltmarkt hat erobern können. Während auf der einen Seite die Verwendung von Stahl wie überall im Wirtschaftsleben so auch in der landwirtschaftlichen Technik sich für bestimmte Zwecke unaufhaltbar durchsetzt, ist es auf der anderen Seite möglich gewesen, auch für

das Holz unserer Wälder

neue vielseitige Gebrauchsmöglichkeiten zu erschließen, wobei besonders dem Holzgas noch eine bedeutende Zukunft vorbehalten scheint, indem es sich bei neuen Kraftquellen schon jetzt vollkommen bewährt.

Erfreuliche Aussichten können

die Pflanzenzüchter

eröffnen. Wir werden in wenigen Jahren über Edelobstsorten verfügen, die denen des Auslandes völlig gleichwertig sein und sich dabei durchaus unauffällig gegen Fröste und pilzlichen Schädlingsbefall erweisen werden. Da nach einer Mitteilung von Prof. Dr. Baur-Müncheberg die neue Süßlupine bereits im Herbst dieses Jahres als Saatgut im großen auf den Markt kommen wird, werden wir dann völlig unabhängig vom Bezug ausländischer Eiweißfuttermittel sein, und in absehbarer Zeit werden wir über eine ganz neue Ölpflanze verfügen, so daß damit der unlohnende übermäßige Anbau von Kartoffeln und Getreide von selbst zurückgedrängt werden wird.

Aber auch mit den

Kartoffeln

sind wir auf dem Wege zu einem großen Fortschritt. Es wird eine neue Kartoffelsorte gezüchtet, deren Kraut Fröste bis zu vier Grad ohne Schaden besteht und das nicht mehr gegen Krautfäule anfällig ist. Dies ist aber bekanntlich die Krankheit, deren Auftreten während des Krieges uns den berüchtigten Kohlrübenwinter verursacht hat.

Das sind einige Blüten aus dem großen Strauße der Fortschritte, die uns erfreulicherweise die diesjährige Landwirtschaftliche Woche beschert hat. Aber es wurde auch Wasser in den Wein gegossen, nämlich in den Wein der Winzerhoffnungen. Reichsminister a. D. Direktor Hermes wies darauf hin, daß die Aussichten einer Steigerung des Absatzes nach Nordamerika infolge einer Aufhebung der dortigen „Trockenlegung" gering seien, da die deutschen Weine dem amerikanischen Geschmack wenig zusagen, selbst wenn eine gesetzliche Einfuhrmöglichkeit erreicht werden sollte, und da die kalifornischen Winzer sehr entschieden für amerikanische Weine werben. Sehr erfreulich dagegen ist, daß der deutsche Weinverbrauch den Vorkriegsdurchschnitt wieder erreicht hat und daß der Schoppenausschank auch in Gegenden üblich wird, wo früher der Weingenuß fast unbekannt war.

Handwerk und Sicherungsschutz.

Die Notlage des ostdeutschen Handwerks.

In Verfolg der vor kurzem abgehaltenen Aussprache beim Reichspräsidenten von Hindenburg hat der Reichsverband des deutschen Handwerks den Reichspräsidenten noch einmal in einer Eingabe auf die ungeheure Notlage des ostdeutschen Handwerks hingewiesen. Nach Feststellungen des Reichsverbandes hatte das ostdeutsche Handwerk noch im September v. J. eingefrorene Forderungen bei der ostdeutschen Landwirtschaft im Gesamtbetrage von über 20 Millionen Mark. Diese für das Handwerk ungeheure und in der gegenwärtigen Notzeit unentbehrliche Summe muß unter allen Umständen so schnell wie möglich dem Handwerk zugeführt werden. Vor allen Dingen sei die Herausnahme der Handwerkerforderungen aus dem Sicherungs- und Umschuldungsverfahren und ihre sofortige Befriedigung notwendig. Die hierzu notwendigen Mittel wären bereitzustellen von den mit der Umschuldung der Landwirtschaft beauftragten Banken. Die ausgezahlten Mittel wären später bei der endgültigen Hergabe des Umschuldungsdarlehns an den landwirtschaftlichen Betrieb in Anrechnung zu bringen. Der Sicherungsschutz könne auch erst dann aufgehoben werden, nachdem eine Befriedigung der Handwerkerforderungen erfolgt sei.

Praktische Beispiele zur Verbesserung der Betriebsergebnisse.

In vielen bäuerlichen Betrieben, die mir bekannt sind, ist die Verwendung der Wirtschaftsdünger und vorzüglich der Handelsdüngemittel nicht immer zweckmäßig. Besonders bei der Anwendung der letzteren hapert es sehr. Die Einseitigkeit in der Verwendung der Phosphorsäuredünger, besonders Thomasmehl und Knochenmehl, dazu noch in oft sehr großen Mengen, die oft zu geringe Kalidüngung und die vielfach fehlende oder doch unzweckmäßige Stickstoffdüngung, lassen nur Erträge wachsen, die eben nur nach dem Gesetz vom Minimum hervorgebracht werden können. Ich kenne Landwirte, die den Roggen neben Stallmist (oft bis 400 ja 600 dz/ha) noch mit 9, 12 oder 15 dz Thomasmehl oder Knochenmehl düngen. Einer sagte einmal: „Ich habe den Roggen im Herbst mit Thomasmehl schwarz gemacht und im Frühjahr mit Knochenmehl weiß, wenn ich jetzt keinen Roggen kriege, liegt es nicht an mir." Vor dem Kriege war es in vielen Betrieben üblich, ein Thomasmehl-Kainit-Gemisch nicht mit der Hand zu streuen, sondern mit der Schaufel, und es ist mir bekannt, daß ein Acker, der im Jahre 1914 die letzte Kunstdüngerphosphorsäure bekam, jetzt noch laut Neubaueranalyse 8 mg Phosphorsäure aufweist. An Hand von exakten Düngungsversuchen konnte festgestellt werden, daß viele Böden hiesigen Höhengebietes auf eine Phosphorsäuredüngung überhaupt nicht reagieren und wenn das Thomasmehl eine Wirkung zeigt, dann ist es fast immer eine reine Kalkwirkung. Im vergangenen Jahre ließ ich die Weidekoppeln nach Neubauer untersuchen und es stellte sich heraus, daß der Phosphorsäure-Gehalt einer Koppel 0,6 mg betrug. Im Sommer ließ ich von derselben Koppel eine Heuprobe auf Phosphorsäure untersuchen und es ergab sich, daß das Weideheu einen normalen Phosphorsäure-Gehalt von 0,7% hatte. Ich führe diesen scheinbaren Widerspruch darauf zurück, daß erstens die in Gestalt von Thomasmehl gegebene Phosphorsäure in einer verhältnismäßig flachen Bodenschicht liegt, während die Bodenprobe spatenstichtief genommen wurde, daß zweitens verschiedene Gräser in der Lage sind, auch schwerlösliche Phosphorsäure aufzuschließen, besonders dann, wenn der biologische Zustand des Bodens ein guter ist und auch gut mit Stickstoff gedüngt wird. Dagegen wird eine reichliche Phosphorsäuredüngung der Wiesen auch unter hiesigen Verhältnissen neben einer starken Kalidüngung angebracht sein, da durch die Heuernten be-

Wir bauen ihn nicht aus irdischen Stoffen, aus Kalk und Sand und ähnlichen Stoffen wie die Korallentierchen, sondern für die Seele muß er aus geistigen Dingen gebaut werden: aus Glaube und Hoffnung und Liebe, aus Treue und Wahrheit und Reinheit. Wenn wir uns daraus feste Panzer um unsere Seele bauen, dann wachsen die auch von einem Menschen zum andern und verbinden uns ganz fest miteinander. Alle treuen Christen helfen dabei mit. Und so bauen wir das Reich Gottes auf der Erde, und die Menschen, die nach uns kommen, die können dann froh und voll Frieden darin leben. Ist das nicht auch wunderschön? Wollen wir nicht auch beide daran mitbauen?" — „Ja, Vater." — „Tu' es fleißig, mein Kind. Denn dazu hat uns Gott unser Leben gegeben, daß wir so sein Reich bauen sollen auf der Erde."

Wie wird das Wetter?

Das umfangreiche Tiefdruckgebiet, das am Ende der Vorwoche über Nordeuropa aufgetaucht war, drang sehr rasch südostwärts vor. Infolgedessen kam ganz Deutschland in den Bereich milder westlicher Luftströmungen. Es trat sehr schnell ein starker Temperaturanstieg ein, der im Flachlande Temperaturen bis zu zehn Grad Wärme brachte. Dabei kam es zu verbreiteten Regenfällen, die in Nordwestdeutschland ziemlich ergiebig waren. Auch in den Mittelgebirgen und in den Alpen stiegen die Temperaturen über den Nullpunkt. Erst Mitte der Woche trat wieder eine leichte Abkühlung ein. Über England ist gegen Ende der Woche ein Hochdruckgebiet erschienen, das sich sehr schnell über Mitteleuropa ausdehnen wird. Wir haben infolgedessen mit allmählicher Aufheiterung und erneuter Abnahme der Temperaturen zu rechnen. Ob allerdings das neue Hoch sich lange halten wird, ist noch nicht zu übersehen.

Halver

—) **Hauptversammlung der Reitabteilung Halver.** Am Freitag abend fand im Hotel zur Post die Jahres-Hauptversammlung der hiesigen Reitabteilung statt. Der Vorsitzende, Gutsbesitzer Gust. Schriever-Schlachtenrade eröffnete gegen 6,45 Uhr die Versammlung mit begrüßenden Worten, insonderheit begrüßte er die aktiven Reiter aufs herzlichste. Den Jahresbericht erstattete der Schriftführer Polizeiwachtmeister O. Spangenberg. Die Geschehnisse des vergangenen Jahres wurden den Mitgliedern noch einmal vor Augen geführt. Erwähnenswert ist aus dem Bericht, daß 5 Reitern das Fahrabzeichen in Bronze und 2 Reitern das Reitabzeichen verliehen worden ist. Der Verein zählt z. Zt. 140 Mitglieder, darunter sind 20 aktive Reiter. Die Vereinsangelegenheiten wurden in 3 Versammlungen und 3 Vorstandssitzungen beraten. Der Vorsitzende erwähnte dazu, daß Halver bei der Abgabe der jährlichen Berichte beim Kreisverein mit an erster Stelle stände und lobte die korrekte Arbeit des Schriftführers. — Den Kassenbericht gab der Kassierer, Sattlermeister Eugen Kind, derselbe war den heutigen Verhältnissen entsprechend, ein zufriedenstellender. Die Kam. C. Menke, Rud. Heinemann und Wilh. Quabeck wurden zu Rechnungsprüfern bestimmt, dieselben fanden die Kasse in bester Ordnung und beantragten die Entlastung, die der Vorsitzende unter besonderen Dankesworten erteilte. — Zum Punkt Vorstandswahl nahm der Vorsitzende das Wort und bat um eine Statutenänderung. Nach dem bestehenden Statut scheide der Vorstand aus, was aber im Hinblick auf eine ordnungsmäßige Geschäftsführung nicht zu empfehlen sei. Er bat das Statut dahin abzuändern, daß alle Jahre die Hälfte der Vorstandsmitglieder ausscheide und die andere Hälfte im Amt bleibe. Der Vorschlag fand einstimmige Annahme. Es schieden in diesem Jahre aus: der 2. Vorsitzende Rob. Hevendehl, der 1. Schriftführer O. Spangenberg, der 2. Kassierer Carl Gesenberg und der Beisitzer Otto Hevendehl. Sämtliche Ausscheidende wurden durch Zuruf wiedergewählt. — Der nächste Punkt betraf Festangelegenheit u. a. Veranstaltung eines Turniers. Bekanntlich wurde in der Hauptversammlung des Kreisvereins der Abteilung Meinerzhagen das diesjährige Kreisturnier übertragen worden. Es wurde beschlossen am 2. Pfingsttage, dem 5. Juni d. J. auf dem Turnierplatz an der Karlshöhe ein öffentliches Turnier abzuhalten. Einer Kommission, bestehend aus dem Vorstand und den Kam. C. Menke, Ernst Kirchhoff und Wilh. Kerspe wurden die weiteren Vorarbeiten übertragen. Unter Verschiedenes machte der Vorsitzende die Mitteilung, daß sämtliche aktive Reiter im Besitz eines Reitausweises sein müßten und bat die Kameraden, sich schnellstens zur Beschaffung des Ausweises beim Schriftführer zu melden. Desgleichen bat der Vorsitzende um Meldungen zur Teilnahme an einem demnächst abzuhaltenden Fahrlehr-Kursus. Es meldeten sich fast alle Reiter soweit sie nicht schon im Besitz des Abzeichens sind. — Zu Kassenprüfern für das laufende Geschäftsjahr 1933 wurden die erstgenannten Kassenprüfer bestimmt. — Sodann bat der Vorsitzende sich an der in Kürze stattfindenden Kreislandbundtagung in Lüdenscheid geschlossen mit Standarte zu beteiligen. — Zur gründlichen Ausbildung der Jungreiter (Anfänger) wurden 3 Hilfsreitlehrer bestimmt. Otto Hevendehl, Paul Lausberg und Ernst Pulvermacher. Es wurde dabei betont, daß Reitlehrer Otto Theimann nicht alle betreuen könne, da sonst die Anfänger gegen die älteren Reiter zurückstehen müßten. Nach einigen internen Vereinsangelegenheiten schloß der Vorsitzende gegen 9 Uhr die anregend verlaufene Versammlung mit der Mahnung auch im kommenden Jahr dem Verein die Treue zu halten und den Reitsport weiter zu pflegen.

Schalksmühle

—0 Die Tagesordnung für die **Sitzung der Gemeinde-Vertretung Schalksmühle** am Donnerstag, den 9. Febr., umfaßt folgende Punkte: 1. Austausch von Wegeparzellen. 2. Baugrundstücke an der Viktoriastraße in Schalksmühle. 3. Gemeindekassenrechnung 1931. 4. Wahl der Rechnungsprüfer. 5. Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Vergnügungssteuerordnung. 6. Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Biersteuerordnung. 7. Erhebung von Berufsschulbeiträgen. 8. Krankenversicherung der Berufsschullehrer. 9. Krankenversicherung der technischen Lehrerinnen. 10. Aufstellung einer Plakatsäule. 11. Straßenbeleuchtung der Bahnhofstraße. 12. Oberflächenteerung der Hälverstraße. 13. Schiedsmannswahl. 14. Vergebung von Gemeindearbeiten. 15. Genehmigung von Ueberschreitungen der Haushaltsollbeträge. 16. Uebersicht über die Gemeindefinanzen.

Breckerfeld

—; **Schulen wegen Grippe geschlossen.** Infolge der Grippeerkrankungen der Schulkinder sind sämtliche Schulen des Amtsbezirkes Breckerfeld auf Anordnung des Kreismedizinalrates und im Einvernehmen mit dem Kreisschulrat für acht Tage geschlossen worden. Der Unterricht beginnt wieder am Donnerstag, dem 9. Februar.

—; Die **Breckerfelder Freiwillige Feuerwehr** hielt unter dem Vorsitz des Oberbrandmeisters Bergfeld ihre Jahreshauptversammlung ab. Der Vorsitzende dankte den Mit-Mitgliedern für ihr zahlreiches Erscheinen und erstattete den Jahresbericht. Er ermahnte die Mitglieder zur Einigkeit zum Wohle der Allgemeinheit. Im abgelaufenen Jahr wurde die Freiwillige Feuerwehr zu folgenden Bränden alarmiert: Am 12. Juli 1932 nach Zurstraße, am 20. 20. August nach Bossel (Waldbrand); am 21. August 1932 nach Ebbinghausen, am 26. September 1932 und am 31. Oktober 1932 zu Schornsteinbränden in Breckerfeld. Die Wehr zählt augenblicklich 53 Mitglieder. Der Vorsitzende verlas dann die neuen Satzungen. Allgemein wurde ein neues Spritzenhaus herbeigesehnt, da das bisherige den Anforderungen der Neuzeit nicht mehr entspricht. Für 40jährige treue Mitgliedschaft wurde das Mitglied Fritz Wender zum Ehrenmitglied ernannt. Der Kassenbericht konnte infolge Erkrankung des Geschäftsführers Oesterhoff nicht vollständig erstattet werden. Die Vorstandswahl ergab einstimmig Wiederwahl. Zum Schluß wurde beschlossen, am ersten Sonntag im März eine Monatsversammlung abzuhalten.

Kierspe

—s Ein **hohes Alter** erreicht unsere Mitbürgerin Frau Ww. Fritz Pielhau geb. Goseberg, die am morgigen Tage ihren 85. Geburtstag feiert. Von 5 noch lebenden Geschwistern ist sie die älteste, der jüngste Bruder zählt 65 Jahre. Frau Pielhau verbringt ihren Lebensabend in der Familie ihrer Tochter (Otto Bellingrodt in Hohenholten) und erfreut sich einer noch guten geistigen und körperlichen Frische. Dem betagten Geburtstagskind unsere herzlichsten Glückwünsche.

Brügge

—:: In der letzten Sitzung des Presbyteriums der evangel. Gemeinde wurde anstelle des verstorbenen Oskar Winkhaus, Wilhelm Hollweg als Ersatzpresbyter in das Presbyterium gewählt. Als Kirchmeister wählte man Fritz Othlinghaus, Wahrde, der die Wahl annahm. Die Frauenhilfe hat im vergangenen Jahre ebenfalls vorzüglich gearbeitet und verdient daher dankbare Anerkennung der ganzen Gemeinde. Die Pfundsammlung der Frauenhilfe brachte an barem Gelde RM 238,56. 1000 Pfund Lebensmittel wurden gesammelt und verteilt, darunter: Butter, einige Konserven, Fett, Fleischwaren, Gelee, Obst, Honig, Kakao, Kaffee, Schuhe, Pantoffeln, Stoffe und Wollwaren. Dazu wurde noch für RM 901,71 gekauft und zwar: 25 Pakete Wolle, 10 Pullovers, 12 Paar Socken, 1 Paar Frauenstrümpfe, 8 Schlüpfer, 3 Unterröcke, 17 Paar Schuhe, 101,65 Meter Kleiderstoffe, 608 Meter Biber und Hemdentuch. Letzteres zum Teil gleich fertig verarbeitet. Weiter wurden 24 Meter Schürzenstoff, 67 Biber- und Nesselbettücher beschafft. Aus alle dem konnten 170 Pakete an ebenso viele Familien verteilt werden. — An 10 Mitglieder wurde das Gedenkblatt für die Silberhochzeit überreicht. Die Sterbehilfe konnte 3 mal 90 RM und 10 RM für einen Kranz und 3 mal 100 RM auszahlen. Aus dem Verein schieden durch Tod oder Wegzug 7 Mitglieder, dafür traten 6 Mitglieder neu ein und beträgt die Gesamtzahl der Mitglieder augenblicklich 402. Im vergangenen Jahre konnten 32 mal Beihilfen für Kuren gegeben werden. Von den Mitgliedern besuchten 2 das Erholungsheim in Bad Driburg und 5 das Müttererholungsheim Konkordia.

*

Meinerzhagen. Grippe. Auf Anordnung des Kreisarztes ist die Schule zu Hardenberg bis zum 12. Februar einschließlich geschlossen worden. Fast die Hälfte der Kinder konnte wegen Grippeerkrankung nicht zum Unterricht erscheinen, und Lehrer Steinkamp erkrankte ebenfalls daran.

Marienheide. Auch das Reichsgericht entschied zugunsten des Gemeinderentmeisters von Marienheide. Das Reichsgericht in Leipzig hat die Berufung des Staatsanwalts gegen das freisprechende Urteil im Strafverfahren gegen den Gemeinderentmeister Thiel wegen angeblicher Unterschlagung im Amt verworfen und damit das Urteil der Vorinstanzen bestätigt. Damit ist dieser Fall, der schon lange die Marienheider Oeffentlichkeit beschäftigt hat, endlich erledigt und dem Rentmeister und seiner Familie Genugtuung gegeben worden. Gegen den Auftrag an den Besitzer der Apotheke in Engelskirchen, in Marienheide zum 1. April eine Zweigapotheke einzurichten, hat der Apotheker aus Rönsahl als nächster Nachbar Einspruch bei der Apothekerkammer erhoben. Der Auftrag war vom Regierungspräsidenten in Köln gegeben worden.

Aus den Gewerkschaften.

—Gpd. **GDA-Erfolge im Kampfe um die Wahrung des sozialen Rechtes.** Einen nicht unwesentlichen Teil der Gewerkschaftsarbeit bildet unter den heutigen Verhältnissen die Rechtsschutztätigkeit. Das zeigen die Zahlen, die der Gewerkschaftsbund der Angestellten beim Abschluß des Jahres 1932 vorlegt. In diesem Jahr wurden für die Mitglieder nicht weniger als 14 500 Prozesse geführt und 875 Zeugnisse erstritten. An vorenthaltenen Gehältern wurden 4,3 Millionen RM erkämpft. In den letzten drei Krisenjahren belief sich die Summe der erstrittenen Gehälter auf 14,6 Millionen. Es entfällt damit auf diese 3 Jahre mehr als die Hälfte des in dem gesamten Zeitraum seit 1924 hereingeholten Gesamtbetrages, der die Summe von fast 28 Millionen Mark erreicht. Dieses Teilgebiet gewerkschaftlicher Tätigkeit kann in seiner Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Der Rechtsschutz sichert den einzelnen vor Unrecht und Benachteiligung und schützt die Allgemeinheit vor Schäden durch ungesetzliche Eingriffe in zugestandene Rechte und Lebensbedingungen. Jede gewerkschaftliche Lebensäußerung, auch die Forderung nach Arbeitsschutz und Arbeitsrecht, hat nach Auffassung des GDA ein hohes sittliches Ziel: die Achtung vor der Menschenwürde des einzelnen, aber nicht allein um dieses einzelnen willen, sondern um das Wohl des gesamten Volkes.

—Gpd. **Ausgestaltung der Sommerurlaubskarten.** Der GDA wandte sich an die Reichsbahnhauptverwaltung und machte für die Ausgestaltung der Sommerurlaubskarten jetzt schon Vorschläge. Er regte Ablösung der Sommerurlaubskarte durch eine für das ganze Jahr geltende Dauerurlaubskarte an. Mindestens hält er die Ausgabe der Sommerurlaubskarten bereits ab 1. Mai für notwendig. Weiter setzt sich der GDA für die Aufhebung der 200-km-Grenze ein. Er hält eine Grenze von 50 bis äußersten Falls 100 km gerechter. Ebenso erscheint ihm die Sperrfrist für die Rückfahrt (11 Tage) zu hoch. Er bringt dafür eine Verkürzung auf 5 Tage in Vorschlag. Außerdem verlangt der GDA die Genehmigung von Fahrtunterbrechungen auch auf der Hinreise, die Zulassung verschiedener Reisewege auf Hin- und Rückreise und zum Schluß die Ausdehnung der Fahrpreisermäßigung von 20 auf 33⅓%. Er begründet diese Vorschläge eingehend mit der wirtschaftlichen Notlage der Bevölkerung.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 3. Februar.

Großes Grubenunglück.

—; **Welschenenest** b. Siegen, 4. Febr. (Funkspruch.) **Auf einer in der Nähe liegenden Erzgrube entstand heute früh ein Schachtbruch wobei 15 Bergleute verschüttet wurden, wovon die größte Zahl gerettet werden konnte, darunter befand sich ein Toter. 4 Bergleute sind z. Zt. noch eingeschlossen. Rettungsmannschaften aus Siegen und Essen trafen alsbald an der Unfallstelle ein.**

Der Vorwärts für drei Tage verboten.

Wie zuverlässig verlautet, steht ein Verbot des sozialdemokratischen Hauptblattes Der Vorwärts auf die Dauer von drei Tagen bevor. Das Verbot dürfte wegen der Verbreitung des Wahlaufrufes der SPD. erfolgen.

6000 Gefangene im Hungerstreik.

London. Einem in Liverpool eingetroffenen Telegramm zufolge befinden sich seit dem 26. Januar 6000 politische Gefangene in den peruanischen Gefängnissen im Hungerstreik, um ihre Forderung nach Freilassung durchzusetzen. Die Regierung habe Sympathiekundgebungen für die Hungerstreikenden, die in Lima stattfanden, blutig unterdrückt.

Sanatorium durch Großfeuer vernichtet.

Newyork. In einem Vorort von Cleveland wurde ein Sanatorium durch Großfeuer vernichtet. Fünfzehn Personen fanden dabei den Tod, während vier Personen vermißt werden.

Anklage auch gegen die Lübecker Nationalsozialisten.

Lübeck. In der Angelegenheit der Ermordung des Marinesturmmanns Brüggmann ist seitens der Angeschuldigten, Dr. Leber und Rath, Beschwerde gegen den Haftbefehl erhoben worden. Der Oberstaatsanwalt hat gegen die an dem Zu-



Wollsachen gut und billig pflegen!

Von praktischen Hausfrauen erprobte Winke zur schonenden, billigen Pflege aller waschbaren Wollsachen:

Wasche in kalter Persillauge — 1 Eßlöffel Persil auf je 2 Liter Wasser — nicht reiben oder zerren.

Spüle sofort mehrmals gut in kaltem Wasser. Etwas Küchenessig im ersten Spülwasser frischt die Farben auf.

Gut auspressen. Nicht wringen. Mehrmals in Tücher ein- und ausrollen und gleichzeitig ausdrücken. Nicht aufhängen.

Richtig in Form ziehen. auf tuchbedecktem Tisch trocknen lassen. Ofen- oder Sonnenhitze meiden.

Persil wäscht Wolle wunderbar!

sammenstoß beteiligt gewesenen Angehörigen der NSDAP. Antrag auf Voruntersuchung wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung zum Nachteil Dr. Lebers, Raths und des Hoteldieners Braasch gestellt.

Greisin ermordet aufgefunden.

München. In München wurde ein entsetzliches Verbrechen aufgedeckt, dem die 65 Jahre alte Frau Marie Reinhardt zum Opfer gefallen ist. Als mittags ihr Ehemann in die Wohnung zurückkehrte, fand er seine Frau im Schlafzimmer ermordet auf. Die Leiche hatte einen Knebel im Mund und war an Händen und Füßen gefesselt. Aus einem kleinen Kassenschrank war ein größerer Teil von Pfandbriefen im Werte von einigen tausend Mark geraubt worden. Außerdem fehlten verschiedene Schmucksachen.

Streikende irische Eisenbahner reißen die Gleise auf.

Dublin. Streikende Eisenbahner im irischen Freistaat rissen die Gleise der Eisenbahnlinie von Dublin nach Belfast auf einer Strecke von 20 Metern zwischen Strabane und Derry auf. Der Anschlag wurde jedoch rechtzeitig entdeckt. Alle noch verkehrenden Omnibusse werden jetzt von Panzerwagen begleitet. Die wichtigen Eisenbahnknotenpunkte und Brückenköpfe sind von Truppen mit Maschinengewehren besetzt.

Familien-Nachrichten.

Geburten:

1 Sohn, Eberhard Steller u. Frau, Itze geb. Pixberg, Halver. 1 Tochter, Wilhelm August Matuschewski und Frau, Marie geb. Haldimann, Halver-Eichholz. — 1 Tochter, Ernst Arnold Noll und Frau, Erna geb. Kußmaul in Voßwinkel. 1 Sohn, Karl Gustav Eugen Schönebeck und Frau, Klara Olga geb. Wollmer, Halver. — 1 Sohn, Wilhelm Ernst Fritz Schanzmann und Frau, Marie geb. Panne in Schultenhebfeld.

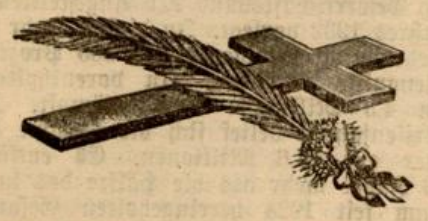
Vermählte:

Eugen Pollmann und Hermine Rüping, Halver und Gevelsberg. — Hermann Fischer, Hälver und Paula Dienstuhl, Halver. — Karl Budde und Emilie Chudarski, Mittelherweg.

Gestorben:

Frau Emma Heusgen geb. Dresbach, Halver, 73 J. alt. Frau Otto Koch, Anna geb. Schöttler, Hinterste Berg b. Kierspe-Bhf. 33 J. alt. — Friedr. Eschmann, Hunswinkel, 23 J. alt. — Heinrich Heinz Kraus, Halver, 8 Wochen alt. Marta Markus, Kierspe, 59 J. alt. — Frau Berta Groß, geb. Kastner, Schalksmühle, 51 J. alt. — Louis Köhler, Polizeiwachtmeister a. D., Rönsahl, 82 J. alt. — Hermann Kölling, Kierspe-Bhf., 36 J. alt. — Carl Fleschenberg, Carthausen, 77 J. alt. — Frau Robert Borner, Lina geb. Dickhaut, Hammerhaus, 56 J. alt. — Ww. Wilh. Keune, Amalie geb. Tump, Höh b. Brügge, 81 J. alt. — Inge Dickschat, Wegerhof b. Halver, 9 Mon. alt. — Marta Cramer, Glör b. Dahlerbrück, 26 J. alt. — Rich. Pfeifer, Brenscheid b. Breckerfeld, 58 J. alt. — Frau Mathilde Neuhaus, im Dahl, b. Breckerfeld, 57 J. alt. — Frau Anna Dreves, geb. Groll, Schalksmühle, 77 J. alt. — Albert Höllermann, Oberlösenbach, 72 J. alt. — Elli Höllermann, Lüdenscheid, 35 J. alt. — Wilhelm Schulte in Kamp b. Hülscheid, 28 J. Karl Hildebrecht, Meinerzhagen, 73 J. alt. — Friedrich Brune, Meinerzhagen, 56 J. alt.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.



Heute morgen gegen 3 Uhr entschlief sanft nach kurzem Krankenlager, meine liebe Schwester, Schwägerin, unsere treusorgende Tante und Großtante

Frau Anna Drewes

geb. **Groll**

im fast vollendeten 78. Lebensjahre.

Im Namen der Hinterbliebenen:

Familie Pet. Groll

Schalksmühle, den 3. Februar 1933.

Die Beerdigung findet am Montag, den 6. Febr. 33, vom Hause Pet. Groll zum alten Friedhof nachmittags um 3½ Uhr statt.

Von Beleidsbesuchen bitten wir Abstand zu nehmen.

Wußten Sie das?

Mohrrüben kann man roh in Scheiben schneiden und in Fett braten wie Kartoffeln. Man würzt zum Schluß mit etwas gehackter Petersilie. Gemüsezubereitung solcher Art — darunter viele neue Rezepte — bringt der neue Beyer-Band

Täglich Gemüse das ganze Jahr hindurch
(Band 267, Preis 90 Pfg.)

Auch die erfahrene Hausfrau wird an der guten Zusammenstellung und der Vielseitigkeit des Heftes Freude und Nutzen haben.

Beyer — der Verlag für die Frau
Leipzig C 1, Weststraße 72, Postscheckkonto 52279

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuche von Kierspe Band 15, Blatt Nr. 372 eingetragenen, nachstehend beschriebenen Grundstücke am 14. März 1933, vormittags 10,15 Uhr an der Gerichtsstelle Gerichtsstraße Nr. 14, Zimmer Nr. 8 versteigert werden.

Gemarkung Kierspe, Beb. Hofr. in Oberbrügge groß i/Sa. 0,89 ar mit 450.— M. Geb. St. Nutz.-Wert."

Der Versteigerungsvermerk ist am 16. März 1932 in das Grundbuch eingetragen.

Als Eigentümer war damals der Installateur Gustav Remmel in Oberbrügge eingetragen.

Meinerzhagen, den 7. Januar 1933.

Das Amtsgericht.

Rektoratschule Breckerfeld.

Anmeldungen der neu eintretenden Schüler (innen) nimmt der Unterzeichnete bis **Freitag, den 10. Februar 1933** entgegen.

Hörich, Rektor

Landwirtschaftl. Kreisverein Altena.

Sonnabend, den 11. Febr. nachm. 2,30 Uhr im „Hotel zur Post" in Lüdenscheid

Landfrauentag.

1. Jahresbericht. 2. Vorträge: Dr. Dibbern, Münster, über „Butterfehler im ländlichen Haushalt" und Plate-Brügge über „Süßmostgewinnung". 4. Filmvorführung: 1. Küchengeheimnisse, 2. Film von der Ausstellung in Halver. 5. Beschiedenes. Märchenspiel, aufgeführt von der Mädchenklasse.

Warum husten Sie noch?

Viele bewährte Mittel gegen Husten. Heiserkeit, bei Erkrankung der Atmungsorgane
empfiehlt:

Drogerie Carl Baukloh, Kierspe-Bhf.

Sitzung

der Gemeinde-Vertretung Schalksmühle

am **Donnerstag, den 9. Febr. 1933,** 16 Uhr im **Kaffeehaus Schulz in Schalksmühle.**

Schalksmühle, den 3 Febr. 1933.

Der Gemeinde-Vorsteher.

Mütterberatungsstunde

findet statt am Dienstag, dem 7. ds Mts., nachm 3,30 Uhr in der Gastwirtschaft Heedfeld in Schalksmühle. Hälverstr

Der Bürgermeister.

Wir beabsichtigen zum möglichst baldigen Eintritt eine

Lehrkraft

mit guter Schulbildung **einzustellen.**

Angeb. mit selbstgeschriebenem Lebenslauf und Schulzeugnis sowie Angabe des Eintritts erbittet

Allgem. Ortskrankenkasse Kierspe.

Der Vorstand:
Fritz Schuster, Vorsitzender.

Empfehle und halte auf Lager vorrätig:

Langenbrahmer Anthrazit Nuß 2
Langenbrahmer Anthrazit Nuß 3
Langenbrahmer Eiform-Briketts
Fettnuß 2, Eßnuß 2
Schmiedekohlen
Braunkohlen-Briketts

Bestellungen auf Koks nehme entgegen.

C. Zimmermann,
Ohl-Rönsahl
Telefon Nr. 11 Rönsahl.



Beginn: Montag, 6. 2.
Vorverkauf: Sonnabend, 4. 2.

durch die Fülle der „Weiße-Woche 1933"-Sonderangebote. 8 Seiten stark. Vieleinteressante Abbildungen. Uebersichtliche Einteilung. Verlangen Sie diesen Katalog über

Das weisse Paradies

wenn Sie ihn noch nicht erhielten, an unseren Kassen, oder verlangen Sie kostenlos portofreie Zusendung.

ALSBERG
HAGEN
Das große, leistungsfähige Textil-Kaufhaus.

PREISLISTEN

für die **Kleineisenindustr** werden als Spezialität schnell u. preiswert angefertigt.

Wilh. Bell. jr.
Halver.

KATALOGE

Futtermittel!

Empfehle und halte auf Lager vorrätig:

Erdnußmehl
Soyaschrott
Rapskuchen
Rapskuchenmehl
Leinmehl
Palmkernschrot
Brockenmischfutter
Grobe Weizenkleie
Weizenvollmehl
Weizenmehl 2
Zuckerschnitzel
Pferdehäcksel
Pferdemelasse
Gerstenschrot
Geflügel-Mischfutter aller Art
Futterweizen
Bruchmais
Geschälter Reis
Lactina
Lupinen-Fischmehl
Kochsalz
Viehsalz.

Bestellungen an **Heu, Stroh, Runkeln, Torfstreu** usw. nehme entgegen.

C. Zimmermann,
Ohl-Rönsahl,
Telefon Nr. 11 Rönsahl

Alle **Photo-Arbeiten**
Vergrößerungen.
Beste Ausführung.
Ad. Kaiser, Halver.

Amtlicher Preisbericht der Kölner Produktenbörse.

Köln, 3. Februar.

Es bedeutet Rg.-Roggen. F.-Futter. W.-Winter S.-Sommer.

Weizen. rhein. 74 Kg	19,75		Weizenkl.	brutto mit Sack	7,75— 9,50
Weizen ausl.	22,50—24,00		Roggenkl.		7,00— 7,50
Roggen rhein. 70—71 Kg	15,75		Biertreber		10,75—11,00
Roggen nordd.	—		Leinf 38Prz.		11.00—1".25
Roggen ausl	18,00—18,50		Erdnußkm. 50 Prz		11,00—11.25
Hafer hiesiger	12,50—13,00		„ 54		12.00—12,25
Hafer nordd	—		Soyaschr. 46 Proz		10.00—10,25
Hafer ausl	—		Rapsk 38 Prz.		8,75
F.-Gerste ausl.	—		Palmkernk lose		10.00—10.[illegible]
W.-Gerste inl	16,50—16,75		Trockenschn. l.		7,75
S.-Gerste inl	17 00—18,00		Zuckerschn lose		8,70—
Mais grober	19,00—19.50		Rohmelasse		7.75— 8.[illegible]
Mais kleiner	21,50		Wiesenheuinl. lose neu gepreßt		5,00— 5,60
Weizenmehl inländ	25,75—26,25		Kleeheu inl. lose neu gepreßt		6,40— 7,20
Rhein Weizenbäckermehl m			ausländisches		
Auslandswz	26,50—26.75		Roggenstr gepr neu		1,40— 1,50
Roggenmehl 70 Prz inl	21,75—22,75		Weizenstr gepr neu		1,35— 1,40
70Prz m. ausländ Roggen	23,25		Haferstroh gepr		1,35— 1,45
Roggenschrot inländischer	19,00				
ausländisch	20.50—20.75				

Stimmungsbericht: Inländischer Weizen war an heutiger Börse stärker gefragt und höher. Im übrigen waren sowohl Getreide wie Futtermittel wenig verändert.

Kölner Butternotierungen vom 3. Februar.

Butter (inländische) Erzeugerpreis für 100 Kilogramm ab Verladestation ohne Verpackung. 1. Qualität 210, 2. Qualität 194, 3. Qualität 180. Tendenz: Fest.

Kölner Kartoffelnotierungen vom 3. Februar.

Rheinische runde gelbe Kartoffel 1. Qualität (Industrie) 2,50, do. 2. Qualität (Industrie) 2,30, norddeutsche lange gelbe (Nieren) Kartoffeln 2,60, rheinhessische und pfälzische Industrie-Kartoffeln 2,10 Mark.